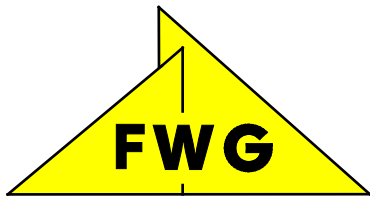


Wahlprogramm 2014 – 2020



FWG und FDP – Die bürgerliche Alternative
Gemeinsam die Zukunft gestalten



FWG-GEVELSBERG.DE

FDP-GEVELSBERG.DE

Inhalt

Unser Team	3
Haushalt, Finanzen, Verantwortung und Controlling.....	5
Transparenz und Ehrenamt.....	6
Kommunale Gebühren	7
Wirtschaft.....	7
Infrastruktur & Verkehr.....	8
Jugend & Soziales	9
Bildung.....	10
Gesundheit	11
Sicherheit und Ordnung	11

Unser Team

Mit Martina Dietz als Bürgermeisterkandidatin und einem starken Team an ihrer Seite wollen wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Rat der Stadt Gevelsberg vertreten. Nachfolgend finden Sie die Kandidaten unserer Reserveliste (in Klammern der jeweilige Wahlbezirk).

Nr. 1 **Martina Dietz** (11)

Prokuristin Finanzen, Personal und Controlling

Nr. 2 **Heiko Schack** (14)

Regierungsangestellter / Informationssicherheitsmanagement

Nr. 3 **Sebastian Scheer** (8)

Konstrukteur

Nr. 4 **Dirk Rabenschlag** (7)

Rechtsanwalt

Nr. 5 **Oliver Basten** (16)

Kaufm. Angestellter im ÖPNV

Nr. 6 **Martina Bornemann** (20)

Geschäftsführerin

Nr. 7 **Ivo Wiegand** (4)

Kraftfahrzeugmechaniker

Nr. 8 **Dr. Ingo Mehner** (9)

Selbständiger Verwaltungsjurist

Nr. 9 **Harry Wieck** (10)

Selbständiger Elektromechanikermeister

Nr. 10 **Jochen Rohde** (6)

Polizeibeamter

Nr. 11 **Sebastian Wieck** (12)

Elektrotechnikermeister

Nr. 12 **Thomas Staring** (17)

Gas-Wasser Installateur

Nr. 13	Daniela Magnet	(2)
	Einzelhandelskauffrau	
Nr. 14	Daniela Fürle	(3)
	Erzieherin	
Nr. 15	Nils Rohde	(1)
	Student	
Nr. 16	Andrea Adolph	(18)
	Steuerfachgehilfin	
Nr. 17	Alexandra Bornemann	(21)
	Studentin	
Nr. 18	Dunja Basten	(13)
	Kaufm. Angestellte	
Nr. 19	Frank Adolph	(19)
	Modellbauer	
Nr. 20	Daniela Schack	(15)
	Buchhalterin	
Nr. 21	Ursula Wiegand	(5)
	Kauffrau	

Haushalt, Finanzen und Controlling

Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser. **Unser Ziel für 2020 ist ein ausgeglichener Haushalt.** Das einzige gesetzlich erlaubte und nachhaltige Ziel des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF). Wir wollen und wir müssen die Gevelsberger Schulden- und Abgabenlast senken.

Wir stehen für eine nachhaltige und sparsame Finanzpolitik in Gevelsberg. Wir treten dafür ein, dass alle Ausgaben immer wieder kritisch überprüft und hinterfragt werden. Teure und ideologisch motivierte Prestigeprojekte lehnen wir ab.

Die Schuldenberge der Vergangenheit dürfen nachfolgende Generationen nicht belasten und müssen abgebaut werden. Wir müssen mit dem städtischen Haushalt – also Ihren Geldern als Steuerzahler – genau so umgehen, wie Sie es privat machen: Sparsam, mit Augenmaß maßhaltend und verantwortungsbewusst.

Wichtig war und ist die nachhaltige Finanzpolitik. Wenn wir heute auf Kredite verzichten, ersparen wir künftigen Generationen die Tilgungs- und Zinsbelastungen. Wir dürfen uns keine Wunschprojekte auf Kosten unserer Kinder und Enkel leisten.

Eine solide Haushaltspolitik ist von entscheidender Bedeutung - gerade angesichts der demographischen Entwicklung. Hohe Tilgungslasten und steigende Zinsbelastungen zwingen die Stadt in den Teufelskreis einer Aufwärtsspirale bei den Schulden und eine Talfahrt beim Eigenkapital. Wir wollen diesen Teufelskreis stoppen und durchbrechen. Bürgermeister und Kämmerer haben zum Haushalt 2014 gesagt: Aus eigenen Kräften kommt die Stadt da nicht mehr raus. Doch. Wir können das. Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn endlich mit einer ehrlichen und ausgeglichenen Finanzpolitik begonnen wird.

125 Mio. Euro Gesamtverschuldung sind genug! Jeder Gevelsberger steht heute für seine Stadt mit gut 4.000 Euro in der Kreide! Ein Bürgermeister, der in 10 Jahren 85 Mio. Euro Schulden angehäuft hat, gehört nicht wiedergewählt. SPD und Bürgermeister verspielen mit den Kreditbelastungen die Zukunft unserer Stadt und unserer Kinder. Weitere Belastungen engen die kommunale Selbstverwaltung weiter ein. Es droht am Ende der Sparkommissar mit einhergehenden Steuerhöhungen für alle Bürgerinnen und Bürgern. Dies gilt es zu verhindern!

Ein solch hoher Schuldenberg lässt sich nicht von heute auf morgen abbauen. Ein Abbau gelingt aber nur, wenn überhaupt damit begonnen wird. Wir fordern daher ein Schuldentilgungskonzept für die Stadt. Investitionen sind zukünftig verstärkt auf ihre Nachhaltigkeit und weiterführende Kosten zu prüfen.

Nur eine schuldenfreie Stadt ist eine starke Stadt, da nur sie Mittel für wichtige Investitionen zur Verfügung hat, ohne die zukünftigen Generationen zu belasten. Dies ist aus unserer Sicht ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Wir sagen den Gevelsbergerinnen und Gevelsbergern ehrlich und deutlich: Es gibt keine guten Schulden. Schulden sind Schulden und davon haben wir zu viel!

Es ist zwingend notwendig, dass das Konnexitätsprinzip bei der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung eingehalten wird. Wenn das Land den Kommunen Aufgaben vorschreibt, muss es auch die dafür notwendigen Finanzmittel zu Verfügung stellen.

Der Haushalt der Stadt arbeitet mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Sie haben ein Anrecht zu erfahren, was genau mit ihrem Geld geschieht und ob das, was sie wünschen oder was ihnen versprochen wird, auf Kredit oder aus laufenden Einnahmen finanziert wird.

Wir konzentrieren uns in der nächsten Wahlperiode auf zwei wichtige Infrastrukturprojekte. Neben der Feuerwache in den Weiden wollen wir endlich den Umbau der Wasserstraße angehen und vollenden, um die seit 30 Jahren bestehende Lücke zwischen dem Kreuzungswirrwarr an der völlig überlasteten Königsburg und dem Engelberttunnel zu schließen.

Transparenz und Ehrenamt

Die Kommunalverfassung NRW bietet neben der Direktwahl der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister weitere Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an kommunalen Entscheidungen.

Die bürokratischen Hürden für Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wurden dabei im Interesse der Bürgerbeteiligung immer weiter gesenkt.

Jetzt ist es an den Bürgern, von diesen Instrumenten Gebrauch zu machen. Wir unterstützen dabei vor Ort die Aktivitäten der Bürger mit Rat und Tat. Große Entscheidungen der nächsten Jahre wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern treffen. Bürger- und Ratsbürgerentscheide sind ein Mittel, mit dem wir die Gevelsbergerinnen und Gevelsberger bei der Gestaltung der Zukunft unserer Stadt einbinden und mitnehmen wollen.

Verwaltungshandeln ist für Außenstehende größtenteils nicht zu durchschauen. Hier wollen wir mit gelebter Transparenz und Offenheit gegensteuern. Die Veröffentlichung sämtlicher Anträge, Vorlagen und Protokolle des Rates und der Verwaltung ist nur ein erster Schritt. Die Möglichkeit zur Einsicht in die Ratsunterlagen, online sowie im Rathaus, hat dabei noch Verbesserungspotential, welches wir nutzen möchten. Entscheidungen im nicht-öffentlichen Teil der Sitzungen des Rates und der Ausschüsse sollen auf das absolute Minimum gemäß der Gemeindeordnung reduziert werden. Der Bürger hat ein Anrecht auf vollständige Informationen.

In Zukunft wollen wir, dass die Verwaltung alle Informationen und Daten der Stadt den Bürgern einfach und transparent zur Verfügung stellt.

Eine aktive Bürgergesellschaft ist Weg und Ziel unseres politischen Handelns. Wir setzen dabei auf die Tatkraft und den Einsatzwillen unserer Bürgerinnen und Bürger. Die durch den demographischen Wandel vollzogenen Veränderungen in unserer Gesellschaft bergen auch ein enormes Potenzial. Unsere ältere Generation will nicht auf das Abstellgleis abgeschoben und junge Menschen wollen mitgenommen werden. Sie möchten sich einbringen und ihre Erfahrungen und Ideen weitergeben. Wir wollen, dass die Stadt als Vermittler und Impulsgeber für zivilgesellschaftliches Engagement zwischen den Generationen auftritt.

Kommunale Gebühren

Die kommunalen Gebührensätze steigen Jahr für Jahr. Das Kommunalabgabengesetz (KAG NW) fordert, dass sämtliche Kosten eins zu eins auf den Gebührenschuldner umgelegt werden. Doch es gibt hier und da einige Stellschrauben, an denen die Kommunalpolitiker drehen können. So verlangt Gevelsberg trotz der Dauerniedrigzinsphase immer noch einen kalkulatorischen Zinssatz von 5,0%. Dieser Zinssatz belastet die Gebührenrechnung für die Gevelsberger, die ihrer Stadt damit Zinsen in Höhe von 5% zahlen! Hier wollen wir unter anderem ansetzen. Niedrigere kalkulatorische Zinsen bedeuten auch niedrigere Gebührensätze für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Müllgebühren in Gevelsberg liegen mittlerweile im Kreisvergleich nicht nur an oberster Stelle, sondern sind doppelt so hoch wie in Schwelm und Ennepetal. Dies liegt hauptsächlich am IdentVerwiegesystem, welches wir hier in Gevelsberg betreiben. Durch die reine Gewichtsabrechnung werden verschiedenste Bevölkerungsgruppen benachteiligt. Lösungsansätze zu Sonderlösungen wie Windelbeutel lehnen wir dabei ab, es muss ein faires System für alle gefunden werden. Familien, Rentner, Tierliebhaber, viele haben große Belastungen durch zusätzliche Abfälle, eine Deklassierung durch zusätzliche Müllbeutel kann dabei nicht die Lösung sein. Teilweise wird der in Gevelsberg angefallene Müll in Nachbarstädten, zum Beispiel an Sperrmülltagen, oder in der Natur entsorgt. Dies wollen wir durch eine Änderung des Abrechnungssystems ändern. Wir wollen zurück zur volumenbezogenen Abrechnung des Rest- und Biomülls. Dabei stellen wir den Bürgern Restmüllgefäße in unterschiedlichen Größen zur Verfügung, damit jeder je nach Anforderung die passende Mülltonne wählen kann. Durch die Umstellung der Abrechnung auf das alte System können die Gevelsberger im Durchschnitt um 15-30% der Müllgebühren entlastet werden.

Die Biogasanlage in Witten ist dringend auf Biomüll angewiesen, um ihre bestimmungsgemäße Aufgabe wahrnehmen zu können. Die Anlage braucht unseren Biomüll und Grünschnitt. Wir wollen daher den Gevelsbergerinnen und Gevelsbergern eine kostenlose Abgabe von Grünschnitt und Kleinastwerk ermöglichen.

Wirtschaft

Aktive Wirtschaftsförderung sollte Gevelsberg mehr wert sein als 100.000 Euro im Jahr.

Wir stehen für eine umsichtige und aktive Wirtschaftsförderung. Neben ständigen Bemühungen um Neuansiedlungen und die Förderung von Neugründungen gehört dazu auch ein enger Kontakt zu den bereits ansässigen Unternehmen, um stetig die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Es reicht nicht, die Wirtschaftsförderung zur Chefsache zu erklären und dann verkümmern zu lassen. Die letzten fünf Jahre waren keine guten Jahre für Gevelsberg. Unternehmen verlassen Gevelsberg oder fühlen sich von der Verwaltung im Stich gelassen. Einer der höchsten Gewerbesteuerhebesätze im Umkreis belastet unsere heimischen Unternehmen. Obwohl Gevelsberg eine sehr gute Anbindung an das Ruhrgebiet hat und vor allem durch die naheliegenden Autobahnen gut verknüpft ist, fehlen hier Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen.

Gevelsberg hat in den letzten 10 Jahren überwiegend die weichen Standortfaktoren ausgebaut.

Eine Stadt muss neben lebenswertem Wohn- und Freizeitraum vor allem aber auch genügend Arbeitsplätze bieten. Die Zeiten der Großunternehmen scheinen in Gevelsberg vorbei zu sein. Es gilt nun durch aktive Wirtschaftspolitik kleine und mittelständische Unternehmen an Gevelsberg zu binden. Dabei spielt es für uns grundsätzlich keine Rolle, ob es sich hierbei um ein Dienstleistungsunternehmen oder einen verarbeitenden Betrieb handelt. Wir brauchen alle Arbeitsplätze vor Ort – den Berater genauso wie den Blaumann. Nur durch einen ausgewogenen Branchenmix können wir die privaten wie die öffentlichen Haushalte in schwierigen Zeiten auf Kurs halten.

Unser Ziel ist die Erhöhung der Arbeitsplätze hier vor Ort. Dies wollen wir durch eine attraktive Wirtschaftsförderung, der Absenkung des Gewerbesteuersatzes und der zielgerichteten Ausweisung von Gewerbeflächen erreichen. Bei der verkehrstechnischen Anbindung zukünftiger und bestehender Gewerbegebiete sehen wir Verbesserungspotenzial. So warten zum Beispiel die Betriebe in der Mühlenstraße seit Jahren auf eine bessere Anbindung an die B7. Die Unterführung an der Drehbank ist für heutige LKW nicht geeignet. Vor Jahren bereits gab es hier einen Haushaltsansatz zur Absenkung der Straße, welche bis heute nicht erfolgt ist.

Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten hat die Wiederbelebung von bestehenden Brachflächen für uns Vorrang vor der Versiegelung neuer Flächen. Dort wo es möglich ist, sind wir für interkommunale Gewerbegebiete, um auch Unternehmen mit größerem Flächenbedarf eine Zukunftsperspektive zu geben. Wir setzen uns dafür ein, dass der interkommunale Dialog auf diesem Gebiet in den nächsten Jahren intensiviert wird.

Infrastruktur & Verkehr

Die städtische Infrastruktur (Straßen, Gebäude und Einrichtungen) wurde in den letzten Jahren zunehmend vernachlässigt. Einzelne Leuchtturmprojekte haben den Blick auf das Ganze verdeckt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Haushalt endlich mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird, um dem Verfall der bestehenden Infrastruktur entgegen zu wirken. Der Großteil der Gevelsberger Brücken wurde in einem Gutachten aus dem Jahr 2007 mit mangelhaft benotet. Heruntergekommene Schulen und Turnhallen, Straßen mit Schlaglöchern in der Größe kleiner Badeseen und defekte Fußwege oder Straßenbeleuchtungen sollen zukünftig der Vergangenheit angehören. Für uns hat der Erhalt und die Sanierung der bestehenden Gebäude bzw. Objekte Vorrang vor der Schaffung neuer Leuchtturmprojekte.

Gerade auch mit Blick auf die steigenden Energiebeschaffungskosten wollen wir das Geld der Steuerzahler nicht verheizen, sondern für folgerichtige Zukunftsinvestitionen ausgeben.

Zwar sind die Mittelstraße und die Hagener Straße erneuert worden, doch hinter den Fassaden bröckeln die Gemeindestraßen. Die städtischen Straßen verkommen! Der Etat für die Sanierung der Stadtstraßen wurde Jahr für Jahr zu Gunsten von Leuchtturmprojekten reduziert. Mittlerweile reicht der Betrag noch nicht einmal mehr zur Beseitigung der größten Schäden aus.

Wir fordern daher ein Straßensanierungskonzept, damit für die Bürgerinnen und Bürger Planungssicherheit herrscht. Wir wollen unsere städtischen Straßen wieder zukunftsfähig machen und nach und nach sanieren. Die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen lassen uns hierbei nur einen kleinen Spielraum. Diesen gilt es zum Wohle unserer Stadt zu nutzen.

Unser Straßenprogramm heißt 60-30. Nach 60 Jahren ist die Erneuerung fällig, nach 30 Jahren eine Verschleißdecke. Bis dahin werden Schlaglöcher und Risse zeitnah repariert. So erreichen wir eine faire Verteilung der Kosten und schaffen die bestehenden Ungerechtigkeiten ab.

Für uns geht verkehrstechnischer Nutzen vor wünschenswerter Verschönerung. So wollen wir zum Beispiel in der kommenden Ratsperiode den Aus- und Umbau der Wasserstraße zur Königsburg/Wittener Straße/Heidestraße vollenden. Die Grundstücke sind bereits seit vor längerer Zeit von der Stadt erworben worden. Durch den geplanten Zweirichtungsverkehr auf der Wasserstraße versprechen wir uns eine deutliche Entlastung der Kreuzung Wittener Straße/Mittelstraße und eine weitere Beruhigung der unteren City. Trotz dieser Beruhigung wollen wir auch weiterhin die Mittelstraße für den PKW-Verkehr offen halten.

Die seit 18 Jahren angekündigte Anbindung des Wohngebiets Klosterholz an die L702 muss in der neuen Ratsperiode endlich umgesetzt und somit die Anwohner des Vogelviertels und der Klosterholzstraße vom zunehmenden Verkehr entlastet werden.

Die Milsper Straße benötigt endlich das schon im Wahlkampf 2009 von Bürgermeister Jacobi versprochene Parkkonzept. Stattdessen gab es dann einen vollkommen unsinnigen und noch dazu gefährlichen Fahrradschutzstreifen. Wir setzen uns dafür ein, dass an der Milsper Straße zusätzlicher Parkraum geschaffen wird und der unnütze Streifen verschwindet.

Drei parallele Radwege im Bereich der Hagener Straße und am Ennepe Ufer zeugen von Steuergeldverschwendung. Wir hatten nicht die Mehrheit und konnten diese Fehlplanung nicht verhindern. Hier setzen wir durch ein umfangreiches Controlling und Maßhalten an.

Jugend & Soziales

Wir stehen für mehr Chancengleichheit von Alleinerziehenden und jungen Eltern durch familienfreundlichere und flexiblere Kinderbetreuung. Wir wollen sämtliche Betreuungsformen in Gevelsberg auf ihre Flexibilität überprüfen. Wo es nötig ist, müssen Betreuungszeiten ausgebaut werden.

Die notwendigen Betreuungskapazitäten wollen wir gemeinsam mit städtischen, kirchlichen und freien Trägern und Tagesmüttern und –vätern schaffen. Für uns gibt es keine Bevorteilung einer einzelnen Betreuungsform. Wir richten unser Handeln an den Anforderungen und Wünschen der Eltern und Kinder aus.

Wir fordern eine höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Behindertenhilfe (sog. „Bundesteilhabegeld“) zur spürbaren Entlastung unserer Kommunen.

Wir stehen für eine ausreichende Aufrechterhaltung von sozialen Hilfeeinrichtungen. Diese wollen wir gemeinsam mit freien Trägern, Verbänden und engagierten Vereinen weiterentwickeln.

Soziale Probleme und Verwerfungen wollen wir durch gezielte Maßnahmen bekämpfen und nicht nach dem Gießkannenprinzip. Für uns steht dabei der hilfsbedürftige Mensch im Mittelpunkt sozialpolitischer Entscheidungen. Auch hier setzen wir auf die bereits vorhandenen Strukturen und das umfangreiche bürgerschaftliche Engagement sowie die Ehrenämter in Gevelsberg. Wir unterstützen ferner den Ausbau der Erziehungshilfen. Wir wollen, dass die Familien selbst ihren Kindern die Sicherheit und verlässliche Strukturen schaffen, die sie brauchen.

Vorsorge ist besser als Nachsorge. Getreu diesem Motto wollen wir die Sozialleistungen der Stadt Schritt für Schritt auf ein umfangreiches Vorsorgemodell umbauen. Die Fehler der letzten Jahre belasten den städtischen Haushalt Jahr für Jahr mit steigenden Millionensummen. Geld, welches man sparen könnte, wenn man bereits frühzeitig bei sozialen Problemen aktiv wird.

Jugendliche müssen stärker in die Entscheidungsprozesse vor Ort eingebunden werden. Dabei reicht es nicht aus, einmal im Jahr eine Kindersprechstunde des Bürgermeisters anzubieten. Wir wollen daher das Schüler- und Jugendparlament wieder reaktivieren und die Jugendlichen sowohl gezielt an den Entscheidungen teilhaben lassen als auch ebenso gezielt auf zukünftige Verantwortung vorbereiten.

Wir treten an, um Barrieren abzubauen. Die Stadtplanung muss sich auch an den Möglichkeiten der Menschen mit Behinderungen orientieren. Gerade wenn es um öffentliche Plätze, Bus- und Bahnhaltestellen geht. Wir wollen Menschen mit Behinderung noch mehr als bisher in die Planungen einbeziehen. Aus diesem Grund setzten wir uns zum Beispiel bereits seit 10 Jahren für den barrierefreien Umbau des S-Bahnhofs Berge ein. Wir sehen hier die Deutsche Bahn und den VRR in der Verantwortung und werden auch weiterhin an den wichtigen Stellen für unser Anliegen werben.

Bildung

Wir wollen für Gevelsberg eine ausgewogene und breit aufgestellte Schullandschaft möglichst nahe bei den Schülern. Der Elternwille und das Schülerwohl bestimmen hierbei die Richtung. Den ideologisch geführten Streit um das dreigliedrige Schulsystem lehnen wir ab.

Alle Gevelsberger Schulen erhalten unsere Unterstützung. Wir möchten die Kooperationen über Stadtgrenzen hinweg weiter intensivieren, um auch zukünftig eine vielfältige Schullandschaft im Südkreis zu erhalten. Dazu fordern wir die Aufstellung eines Masterplans „Schulen für den Südkreis.“

Die Qualität der Schulen wollen wir weiter ausbauen, um somit ein Höchstmaß an individueller Förderung für unsere Kinder zu ermöglichen. Neue Techniken gehören ebenso dazu wie die Sanierung der bestehenden Fachräume und Ausstattungen.

Bei den Grundschulen möchten wir weiterhin an kleinen Einzugsgebieten festhalten. Dort, wo die sinkende Schülerzahl keine eigenständige Grundschule mehr zulässt, setzen wir uns für neue innovative Kooperationen ein. Nicht mehr benötigter Schulraum soll nach Möglichkeit anderen städtischen Einrichtungen, den Bürgerinitiativen und dem Ehrenamt für ihr soziales oder bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen den konsequenten Einsatz der Schulsozialarbeiter, gerade in sozial benachteiligten Bereichen, weiter vorantreiben. Der Wegfall von Bundesmitteln muss dabei durch Umschichtungen im Haushalt soweit wie möglich ausgeglichen werden.

Gesundheit

Wir stehen für gesunde Lebensbedingungen in der Kommune durch Reduzierung von Schadstoff- und Lärmemissionen, eine umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur, eine vernünftige Grünplanung und ein lebensfreundliches Umfeld für die Bürgerinnen und Bürger. Praktische Lösungen haben für uns dabei Vorrang vor ideologischen Schnellschüssen.

Wir sind für den Erhalt einer wohnortnahen, bedarfsgerechten medizinischen Versorgung. Dem Hausarztsterben wollen wir durch regionale Kooperationen und kommunale Anreize entgegenwirken.

Wir fordern eine bessere Vernetzung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, um die Behandlung vor allem schwerstkranker Menschen auch zukünftig sicherzustellen. Hier gilt es insbesondere die wohnortnahe Krankenhausversorgung im Südkreis aufrecht zu erhalten.

Praktische Hilfe für ältere und hilfsbedürftige Menschen durch Stärkung des familiären, sozialen und ärztlichen Fürsorgetetzes ist dringend erforderlich.

Sicherheit und Ordnung

Der Bürger, der sich im öffentlichen Raum bewegt, soll dies angstfrei tun können. Da wo es notwendig ist, halten wir eine verstärkte Präsenz von Polizei und Ordnungsbehörde für unerlässlich. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei in der Prävention. Wir wollen es erst gar nicht so weit kommen lassen, dass Perspektivlosigkeit zu einem Abgleiten in die Kriminalität führt. Frühzeitige Hilfen und Förderungen wollen wir besser in Einklang bringen.

Videoüberwachungen von öffentlichen Plätzen lehnen wir ab, da sie nur zu einem Verdrängungseffekt führen. Wir setzen stattdessen auf die wirkungsvolle Präsenz von Polizei, Streetworkern und Ordnungsamt an den Brennpunkten vor Ort.

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger steht an erster Stelle. Deshalb setzen wir uns für eine weitere Stärkung des Ehrenamtes bei der Freiwilligen Feuerwehr und den Hilfsdiensten des Katastrophenschutzes ein. Für die Hauptamtliche Feuerwehr wollen wir in der nächsten Ratsperiode eine funktionsfähige neue Feuerwache errichten. Der Anfang hierfür ist bereits getan. Jetzt gilt es im Einklang mit den Vertretern der Feuerwehr und mit einem Auge auf die Stadtkasse gerichtet eine zukunftsfähige funktionale Wache zu errichten.

